

2100-0265

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Mag.^a Astrid Eisenkopf
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 18. September 2025

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Bernd Strobl, Markus Ulram, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend sofortige Rücknahme von Kürzungen bei der Schulassistenz

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend sofortige Rücknahme von Kürzungen bei der Schulassistenz

Mit Beginn des aktuellen Schuljahres hat die rot-grüne Landesregierung deutliche Kürzungen im Bereich der Schulassistenz vorgenommen. Besonders betroffen sind die Allgemeinen Sonderschulen, wo die Assistenzstunden pro Klasse um 20% reduziert wurden. Diese Maßnahme hat gravierende Auswirkungen auf die Betreuungssituation von Kindern mit Beeinträchtigungen und stößt bei betroffenen Familien, Pädagoginnen und Pädagogen sowie Betreuungspersonal auf massive Kritik.

Die Schulassistenz ist ein zentraler Bestandteil eines inklusiven und gerechten Bildungssystems. Sie sichert nicht nur die individuelle Betreuung von Kindern mit Unterstützungsbedarf, sondern auch deren Teilhabe, Selbstbestimmung und Sicherheit im Schulalltag. Wenn diese Unterstützung reduziert wird, bedeutet das nicht nur weniger Hilfe für betroffene Kinder, sondern auch eine Überlastung der Lehrerinnen und Lehrer sowie Unsicherheit für die ganze Klasse. Die Entscheidung, bei den Schwächsten zu sparen, ist ein sozialpolitischer Rückschritt und ein schwerwiegender Vertrauensbruch gegenüber den Familien.

Besonders dramatisch ist, dass diese Kürzungen ohne ausreichende Kommunikation mit den Betroffenen erfolgt sind. Eltern, die sich auf verlässliche Betreuung verlassen müssen, stehen plötzlich ohne klare Informationen da. Auch die Frage, wer im Notfall medizinische Versorgung übernimmt, wenn keine Assistenzperson vor Ort ist, bleibt unbeantwortet. Diese intransparente Vorgehensweise führt nicht nur zu organisatorischem Chaos, sondern gefährdet ganz konkret das Kindeswohl.

Es darf nicht sein, dass Kinder mit besonderen Bedürfnissen zum Spielball budgetärer Einsparungen werden. Gerade in sensiblen Bereichen wie der Schulassistenz braucht es Verlässlichkeit, Respekt vor den Bedürfnissen der Kinder und klare politische Verantwortung. Anstatt auf Zeit zu spielen, braucht es jetzt eine sofortige Rücknahme der Kürzungen und eine dauerhafte Sicherstellung der Schulassistenz auf hohem Niveau. Zum Schutz der Kinder, zur Unterstützung der Familien und für ein faires Bildungssystem für alle.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die vorgenommenen Kürzungen bei der Schullast umgehend zurückzunehmen und eine verlässliche und bedarfsgerechte Betreuung dauerhaft sicherzustellen.

Es wird ersucht diesen Antrag dem Sozialausschuss zuzuweisen.